

**Resolution  
verabschiedet vom  
43. DPT**



**43. Deutscher Psychotherapeutentag  
17./18. November 2023 in Berlin**

### **Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen verschärfen soziale Ungerechtigkeit!**

Die vielfältigen gesellschaftlichen Krisen führen zu Zukunftsängsten, finanziellen Sorgen und psychischen Belastungen und treffen insbesondere diejenigen stärker, die sozioökonomisch benachteiligt sind. Soziale Hilfs- und Unterstützungsangebote sind für Menschen in Krisensituationen und schwierigen Lebenslagen eine wichtige und notwendige Stütze, eröffnen neue Perspektiven und Chancen. Insbesondere Kinder und Jugendliche und ihre Familien, die von Armut bedroht oder betroffen sind, Menschen in psychosozialen Krisen oder Menschen, die Gewalt erlebt haben, behinderte, psychisch erkrankte und suchterkrankte Menschen sowie obdachlose Menschen benötigen Angebote, die sie in ihrer Gesundheit und Selbstbestimmung unterstützen, sodass sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Dass die Bundesregierung mit dem Entwurf eines Bundeshaushalts 2024 insbesondere bei den Leistungen des Sozialstaates massive Kürzungen plant, ist daher politisch falsch. Diese Kürzungen treffen diejenigen Menschen, die am dringendsten Hilfe und Unterstützung benötigen und verschärfen damit soziale Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft.

Soziale Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe basieren auf einem guten und gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung, Bildungsangeboten sowie Sozialleistungen. Die auskömmliche Finanzierung bestehender und zusätzlich notwendiger Angebote muss sichergestellt werden. Die Delegierten des 43. Deutschen Psychotherapeutentags fordern die Bundespolitik auf, keine Kürzungen in den Gesundheits-, Bildungs- und Sozialhaushalten im Entwurf eines Bundeshaushalts 2024 vorzunehmen.

Präventionsangebote, soziale Unterstützungs-, Bildungs- und Freizeitangebote dürfen nicht kaputtgespart werden!